Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Wien: M. Cohen. — Breslau: E. Schlotte. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jaeger's Buchhandlung. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner. — Gleiwitz: G. Müller. — Halle a. S.: J. Barth & Co. — Magdeburg: Robert Klem. — München: C. Narowski. —

Abend-Ausgabe.

Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — Amsterdam: A. Dalsmar Azn., Spuistraat 184. — Frankreich: G. L. Daube & Co. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — England: G. L. Daube & Co. in London, 30 Fleet Street. — Polen und Russland: Rajchmann & Frankler in Warschau, Senatorskagasse 22.

Nr. 264. **Berlin, Mittwoch den 10. Juni 1885, Abends.** **24. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfspaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.** **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 10. Juni.

Die Ziele der Volksschule.

III.

Für den Fall, daß eine Volksschule oder eine Kategorie von solchen dem Bedürfnisse des „nöthigen" Unterrichtes nicht entspreche, sagten wir, dann möge man praktisch ausführbare und bestimmt formulirte Vorschläge machen, statt mit dem Rufe nach allgemeiner Volksbildung zu opertiren.

Man dürfte bezüglich solcher Vorschläge auf die Verhandlungen der diesjährigen Allgemeinen Lehrerversammlung in Darmstadt über das Thema „Volksschule und Volksbildung" und die dazu angenommenen Thesen zu verweisen geneigt sein.*) Gerade diese Versammlung und diese Thesen zeigen aber am allerdeutlichsten, was mit dem Ruf nach allgemeiner Volksbildung, den unsere Demokratie aller Schattirungen erhebt, eigentlich gemeint sei. Bereits hat die Presse dieser Richtungen gerade diejenigen Thesen approbirt, welche wir im Auge haben.

Es heißt dort, nach einigen in der gekennzeichneten Allgemeinheit gehaltenen Sätzen: mehr als bisher müsse in der Volksschule das Bedürfniß des praktischen Lebens Berücksichtigung finden. Dagegen würde an sich kaum etwas einzuwenden sein; wir selbst haben ausführen gesucht, daß der Volksschule gerade ihr praktisches Ziel deshalb sehr verschieden auszumessen sei, weil das Bedürfniß des praktischen Lebens ein sehr verschiedenes sei und dieses für den „nöthigen" und „vorzuschreibenden" Unterricht den Maßstab gebe. Der Verfasser der Thesen sagt aber in der folgenden sehr deutlich, worin seiner Meinung nach die größere Berücksichtigung des praktischen Lebens hauptsächlich zu bestehen hätte; dieselbe lautet nämlich:

Die staatsbürgerliche Ausbildung und politische Erziehung des Volkes hat schon in der Volksschule zu beginnen.

Nach den vorliegenden Berichten hat der Referent diese These etwa folgendermaßen begründet:

Die Volksschule darf sich aber nicht über das Volk stellen, d. h. sie muß den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens Rechnung tragen, indem sie auf das spätere Berufsleben der Schüler nach Möglichkeit Bedacht nimmt. Die Volksschule muß aber auch eine politische Erziehungsanstalt werden. In unseren Schulen wird über das Verfassungsleben der alten Völkerschaften unterrichtet, über die Verfassung unseres eigenen Staates wird jedoch nicht das Geringste gelehrt. Wenn unser Volk die Verfassungsverhältnisse unseres Landes schon in der Schule kennen lernen wird, dann wird dasselbe das ihm gewährte höchste Recht: das Wahlrecht, in seinem eigenen Interesse ausüben. Im Allgemeinen hat gegenwärtig das Volk für das allgemeine Wahlrecht kein Verständniß und läßt sich als Stimmvieh von den verschiedenen Parteien und strebersichen Parlamentariern gebrauchen.

Also politische Erziehungsanstalt soll die Volksschule werden! So hat auf Vorschlag ihres Referenten die Allgemeine Lehrerversammlung resolvirt, und jubelnd acceptirt die demokratische Presse diese „zeitgemäße" Neuerung.

Zunächst darf man wohl bitten, von dieser allgemeinen politischen Erziehung durch die Volksschule die eine Hälfte der Volksschüler vorläufig noch auszunehmen. Die Mädchen, die ja vielfach mit den Knaben gemeinsam unterrichtet werden, dürften, statt auf die Verfassungslehre, mit mehr Nutzen ihre Zeit darauf verwenden können, gut sticken zu lernen; oder sollen sie vielleicht schon für jene Zeit vorgebildet werden, wo im demokratischen Zukunftsstaate auch Frauen die politischen Rechte ausüben? Es bliebe aber doch wohl zu bedenken, daß Frauen meist konservativ sind.

Also bleiben die Knaben für die gewünschte politische Erziehung übrig; sie werden „staatsbürgerlich" ausgebildet. Ihnen werden die Verfassungsverhältnisse, das Wahlrecht expli-zirt, damit sie sich nicht mehr von verschiedenen Parteien und strebersichen Parlamentariern als „Stimmvieh" gebrauchen lassen. Wer lehrt aber diese neue Disziplin in der Volksschule? Natürlich der Lehrer, ein Anderer ist ja nicht da. Bekanntlich sind aber gerade die Grundlagen des Verfassungslebens — um diese soll es sich ja doch handeln — keineswegs allgemein gleich aufgefaßte Dinge; sondern es besteht darüber mannigfacher Meinungsstreit. Werden in diesen die Knaben auch eingeweiht und vielleicht Disputationen darüber angestellt? Wenn aber verschiedene Meinungen und Auffassungen gerade in wichtigen Punkten bestehen, mit welcher macht der Volksschullehrer seine Zöglinge bekannt? Vielleicht mit seiner eigenen; d. h. mit derjenigen der politischen Partei, welcher er angehört? Dann aber würden die Lehrer lieber gleich die Leitung der politischen Geschicke des Landes übernehmen können, das wäre doch einfacher, obgleich davon nichts in den Verfassungen steht. Wenn aber nicht nach der eigenen politischen Meinung des Lehrers das Staatsrecht ausgelegt werden soll, dann wird vielleicht ein allgemein obligatorisch anzuwendender Katechismus des Volks- und Staatsrechtes verfaßt, nach welchem unterrichtet wird, so objektiv es der politische Standpunkt des einzelnen Lehrers erlaubt; aber wer schreibt dieses allen Parteien genehme und gerechtwerdende Wunderbuch?

Man sieht eine Menge von Fragen — ohne Antwort, die auf den ersten Blick sich aufwerfen; ganz abgesehen von der Schwierigkeit, was dann werden soll, wenn der Sohn eines demokratischen Vaters von einem konservativen Lehrer, oder vice versa, in politicis unterrichtet würde und der Herr Vater damit nicht einverstanden wäre.

Auch auf die Ausübung der später zu übernehmenden Ehrenämter eines Schöffen und Geschworenen will der Herr Referent seine Zöglinge in der Volksschule vorbereitet wissen. Ganz schön! Was kann aber diese Vorbereitung dazu helfen, daß der spätere Schöffe oder Geschworene nach dem ihm vorliegenden Material ein richtiges Urtheil aus seinen gesunden Menschenverstande finde? Darauf kommt es doch aber allein dabei an, das andere beforgen die rechtsgelehrten Richter. Dieses ist also wohl nur Verbrämung die „politische Erziehung" in der Volksschule ist der Kern der geforderten größeren Rücksichtnahme auf das praktische Leben, gerade als ob das praktische Leben eines Volkes aus Reichstagswahlen bestände!

Aber: cui bono? Nun, zu Derer Gunsten, die sich so sehr für diesen Vorschlag begeistern. Zu Gunsten der Demokratie soll diese politische Erziehung in der Volksschule praktizirt werden. Man gedenkt, den Satz: Wer die Schule hat, der hat die Zukunft! ins Parteipolitische zu transponiren. In der miserablen Gegenwart steht es schlecht für die Demokraten, mögen sie offen als solche sich bekennen oder verschämt sich „freisinnig" nennen, — also es gilt, die Zukunft zu gewinnen suchen durch politische Erziehung mittelst der Volksschule!

Sonst hat man gemeint, Männer müßten eerst Lebenserfahrung sammeln, um sich politische Ueberzeugungen zu bilden. Berühmter Standpunkt, die Volksschule übernimmt die politische Bildung der Jugend; wir rufen fleißig nach „allgemeiner Volksbildung", dann kann nicht fehlen, daß es in unserem Sinne besorgt wird. Was schadet es dann, wenn die erzieherische und praktische Aufgabe der Volksschule darunter Schaden leidet, daß der Jugend Dinge explizirt werden sollen, die Männern zu verstehen vielfach zu schwer fällt?

So zeigt sich diese These also im Parteigeiste Derjenigen gestellt, die so oftenstiel für „allgemeine Volksbildung" zu reden anfangen, sobald von der Volksschule die Rede ist; wenn möglich, sollen die heranwachsenden Generationen zum Stimmvieh strebersicher Parlamentarier demokratischer Tendenz erzogen werden.

Ohne Widerspruch ist ja auf dem Lehrertage selbst diese These nicht geblieben, dennoch wurde sie angenommen, bewußt oder unbewußt stellte sich also ein Theil der Lehrerschaft in den Parteidienst!

Ein süddeutsches Blatt hat nicht Unrecht, wenn es in Bezug auf diese politische Erziehung sagt:

Die allgemeine deutsche Lehrerversammlung wird ihren Gegnern nur Waffen in die Hände liefern, wenn sie den Wirkungskreis der Volksschule über das Maß dessen hinaus erstrecken will, was sie nach dem Bildungsgrad der Lehrer und der Fassungskraft der Schüler zu leisten im Stande ist.

Die wirklichen Freunde der Volksschule werden freilich schon wissen, dieselbe vor derartigen falschen zu bewahren; aber darüber, was der demokratische Ruf nach mehr „allgemeiner Volksbildung" zu bedeuten habe, hat die Darmstädter Lehrerversammlung ein ziemlich klares Licht verbreitet, und Wenige nur dürften meinen, daß mit diesem Rufe und jenen Vorschlägen den wahren Zielen der Volksschule näher zu kommen wäre.

*) Der Bericht darüber und die Thesen befinden sich in Nr. 244 der „Nordd. Allg. Ztg."

In Angelegenheit der **deutschen Hochseefischerei** schreibt man uns von der Nordseeküste:

Während die deutsche Hochseefischerei nur von Finkenwärder und Blankenese aus mit kleinen Segelfahrzeugen mit glatten Böden, die mithin nur wenig seetüchtig sind, betrieben wird, so beherrschen die Engländer mit ihren großen Kuttern, die neuerdings zur Erleichterung des Aufziehens der schweren Segelgeräte mit Dampfwinden versehen werden, die ganze Nordsee, deren Hauptfangwerk dann beginnt, wenn die deutschen Fahrzeuge wegen Sturm die Fischgründe schon haben verlassen müssen, um Schiff und eigenes Leben im sicheren Hafen zu erhalten. Ja, die Engländer sind so weit gegangen, sich eigens für den Fischfang Dampfer zu bauen, die stellt nur als Fischdampfer ihre Verwendung finden, theils aber auch die Fische auf See von den verschiedenen Fahrzeugen abholen und so alle zwei Tage den Markt mit wirklich frischen Seefischen versehen.

Auch Frankreich hat nicht müßig gesehen, ist dieses Beispiel sofort gefolgt; aus Deutschland hat ruhig zugesehen, wie die fremden Nationen bei steter Verwollkommnung ihrer Fanggeräthe die Fische an den deutschen Küsten fortfingen, bis endlich Herr R. Busse zu Geestemünde, dem der ganze deutsche Seefischhandel viel, ja, recht viel zu verdanken hat, die Sache ins Auge faßte. — Er war es, der zuerst mit die Seefische im Binnenlande auf den Markt brachte, er war es, der den Fischhandel zu einer nie vorher gekannten Blüthe brachte, in dem wieder Tausende und Abertausende Menschen einen sicheren Broterwerb gefunden haben. Er hat für die Durchführung dieses schwierigen Unternehmens nicht gebangt, begeisterungsvoll hat er die Sache angegriffen, und mit der Devise, es wird und muß gehen, es ist weit gebracht, daß er im Vorjahre mit einer Schiffbaufirma in Bremerhaven einen Kontrakt zur Lieferung eines Fischereidampfers von 135 Fuß Lange, 23 Fuß Breite und einem Tiefgange von 11 Fuß abschloß. Derselbe ist nun schon seit Ende Februar in Thätigkeit; wie aber alle neue Unternehmungen Lehrgeld bezahlen müssen, so ergeht es auch Herrn Busse. — Die Mannschaften haben mit einem energischen Hochseefischereibetrieb erst vertraut werden, einen Lehrmeister giebt es hier nicht, es soll Alles selbst aufgefunden werden! Wenngleich man auch über die Belegenheit der Fischergründe schon recht schöne Karten hat, so nützen diese doch weniger, da sich der Fisch, je nach der Jahreszeit, bald hier, bald dort aufhält. Zur Aufsuchung dieser Plätze gehören aber Erfahrungen, die leider jedes deutsche Fischer hat, da er mit seinem kleinen Fahrzeugen nur in der Nähe der Küste zu fischen vermag und somit während des Winters die ganze Hochseefischerei auf seinere Fische einstellen muß, weil dann dieser Fisch sich in tieferes Wasser zurückzieht. Eine Schwächung wird während dieser Zeit auf der Angel von Norderney, Spiekeroog, Neuharlingersiel und Carolinensiel aus betrieben; dafür liegen diese Fischer aber für die ganze Dauer der Sommersaison brach, denn ihre Fahrzeuge sind zu klein, um sich dem Fange mit dem Schleppnetz widmen zu können. Jedoch auch dieser Schellfischfang deckt bei Weitem nicht den Konsum in Deutschland, ein ganz bedeutendes Quantum dieser Fische muß aus dem Auslande bezogen werden, und da ist namentlich in erster Linie Dänemark, das jährlich für 50—60 000 ℳ Schellfische den deutschen Markt liefert. Auch Helgoland spielt eine nicht unbedeutende Rolle mit, zumal der Helgoländer Schellfisch der schmackhafteste und mithin auch der geschätzteste ist.

Daß also die Ergebnisse mit dem Dampfer des Herrn Busse gewiß keine glänzende sind, läßt sich denken, und hat derselbe schon manche tausend Mark als Lehrgeld ausgeben müssen. Zwar jetzt, wo sich der Fisch der Küste nähert, wird der Fang auch ein besserer und die Kosten werden beute leidlich gedeckt.

Selbstverständlich wird diesem neuen Unternehmen von allen Seiten die größte Aufmerksamkeit geschenkt, und wird hoffentlich, sobald nur die Anfänger erst die Kastanien aus dem Feuer geholt haben, manch deutscher Fischdampfer auf der Nordsee den Fange obliegen.

Sehen wiederholt und gewiß mit Recht ist in der „Deutschen Fischerei-Zeitung" und auch in politischen Zeitungen behauptet worden, daß der deutschen Marine durch Vermehrung tüchtiger Seeleute ein großer Nutzen erwachsen würde, und daß gerade die deutsche Hochseefischerei hierzu im Stande ist. Hierzu ist aber vor Allem nöthig, daß auch die Hochseefischerei selbst nach Kräften unterstützt und leistungsfähig erhalten wird. — England und Schweden haben es an staatlichen Aufmunterungen nicht fehlen lassen, auch Frankreich und Holland brachten das System der Staatsprämien in Anwendung, und Holland hat die Prämien z. B. auf den Häringsfang erst dann zurückgezogen, als es die Industrie mit Hülfe der Prämien zur Selbstständigkeit herangezogen hatte. Auch Deutschland ist diesem System beigetreten und hat der Emder Häringsfischerei-Aktiengesellschaft ein Darlehn bewilligt.

Inwiefern solche Begünstigungen weiter zu ertheilen sein werden, kann nicht Zweck dieser Zeilen sein, welche nur beabsichtigen, die Aufmerksamkeit aller berufenen Organe unseres öffentlichen Lebens wieder einmal auf ein Gebiet unseres wirtschaftlichen Lebens zu lenken, welches zum großen Nachtheil unserer gesammten wirtschaftlichen und speziell auch der maritimen Interessen nur zu lange vernachlässigt worden ist.

Die „Germania" vom gestrigen Abend veröffentlicht folgende Mittheilung über Vorgänge in den höchsten Regionen des katholischen Kirchenregiments:

„Der Brief des Kardinals Pitra, welchen die „Nordd. Allg. Ztg." mit unverhohlener Schadenfreude gegen die „Germania" auszubeuten suchte, hat in Rom so allgemeine Entrüstung hervorgerufen, daß wir unsere Reserve, welche wir uns mit Rücksicht auf den greisen und hochverdienten Kardinal auferlegen zu müssen glaubten, nicht länger beobachten können, sondern um der Sache willen jetzt reden müssen. In dem bereits mehrfach erwähnten Briefe nimmt der Herr Kardinal das „Journal de Rome", den „Sigle furiose" und den „Osservatore cattolico" in Schutz gegen die offizielle Zurechtweisung, welche diese Blätter von höchster kirchlicher Stelle aus erfahren hatten, und greift die „Germania" an wegen ihrer Stellung zum „Journal de Rome" in der hinreichend bekannten des Houx'schen Artikel. Der Standpunkt, welchen Se. Eminenz Kardinal Pitra in der katholischen Polemik der Gegenwart überhaupt einnimmt, ist ein sehr beklagenswerthes und wird genügend gekennzeichnet, wenn wir anführen, daß der Herr Kardinal in seinem Briefe, den wir in der Freiburger „Civeltà" finden, Dupanloup, Lacordaire und Montalembert, mit den Apostaten Lamennais, Renan und Loyson zusammenstellt. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn der Herr Kardinal, beeinflußt von der französischen Schule des „Journal de Rome", den bedauerlichen Brief schrieb, der das Gegentheil von dem erreichte, was er bezweckte. Wie man uns aus Rom mittheilt, hat die Pitrische Angelegenheit einen wahren Sturm heraufbeschworen. Alle Kardinäle, das ganze diplomatische Korps und die französische Kolonie haben beim h. Vater Protest gegen das Pitrische Schreiben eingelegt und es als eine Mangel an Disziplin bekannt. Am letzten Freitag hat der h. Vater dem Kardinal Pitra einen Brief zukommen lassen, in welchem er seiner Mißbilligung geeigneten Ausdruck verleiht. Als der Kardinal Lags darauf den h. Vater offiziell sprechen wollte, hat der Papst ihn abgewiesen. Die ganze Angelegenheit hat in Rom eine Reaktion gegen den „Französischkatholizismus" des „Journal de Rome" hervorgerufen und den h. Vater sehr betrübt, der nun wünscht, daß das „Journal de Rome" zu erscheinen aufhören möge. In kirchlichen Kreisen ist man namentlich darüber sehr aufgeregt, daß Kardinal Pitra die „Germania" so arg angegriffen habe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine kleine Anzahl Franzosen, die das „Journal de Rome" beeinflussen, die Autorität des h. Vaters für eine Sonderbestrebungen auszubeuten suchten, und gerade deshalb ist es nöthig, hier öffentlich von diesen Vorgängen zu reden und zu konstatiren, daß der Papst, der das Interesse der Gesammtkirche stets im Auge behält, derartige Sonderbestrebungen jederzeit entschieden von sich weist.

Bekanntlich hat die Wiener „Neue Freie Presse" alles Wesentliche der obigen Darstellung schon unterm 30. Mai aus Rom gemeldet (vergl. Nr. 264 der „Nordd. Allg. Ztg.") eines Kommentares kann die Mittheilung der „Germania" aber füglich entbehren.

Rundschau im Auslande.

Die neuesten Meldungen **englischen** Ursprungs stellen es außer Zweifel, daß das Schicksal des Ministeriums Gladstone endgültig besiegelt ist. Wenn es eine Zeit lang den Anschein hatte, als dürfte, bei der Unlust der Konservativen zur Uebernahme der Regierung, das Dasein des liberalen Kabinets noch geraume weiter schleppen, so sind derartige Mutmaßungen doch schnell genug hinfällig geworden. Gladstone selber deutete in gestriger Parlamentssitzung an, daß der Entschluß des Kabinets gefaßt und das Entlassungsgesuch bereits nach Schloß Balmoral, dem zeitigen Hoflager der Monarchin, unterwegs sei. Andererseits scheinen die Konservativen sich nicht zu verhehlen, daß es ihnen schlecht anstehen dürfte, wenn sie, nachdem sie das Kabinet in die Minorität verlegt haben, sich nunmehr der moralischen Verpflichtung entziehen wollten, selbst die Zügel der Regierung zu ergreifen. Der Telegraph vertheilt bereits, wenn auch nur à titre de combinaison, die Portefeuilles im neuen Torykabinet, an dessen Spitze er den Lord Salisbury treten läßt.

Wohl um seine Gesinnungsgenossen über ihr Mißgeschick in der Gegenwart zu trösten, malte gestern auf einem liberalen Banket der Präsident des Local Government Board, Sir Charles Dilke, die Zukunft der liberalen Partei, namentlich ihre Wahlaussichten, in desto rosigerem Lichte. Er prophezeihte der Partei, namentlich wenn Mr. Gladstone an ihrer Spitze verbleiben sollte, den glänzendsten Wahlsieg, und sprach daneben mit einer gewissen Schadenfreude von den Schwierigkeiten, die den Tories aus Uebernahme des politischen Nachlasses der Liberalen erwachsen würden.

Man darf wohl als sicher annehmen, daß noch der heutige Tag die Entscheidung der Königin über das Schicksal des Entlassungsgesuches der Minister bringen werde.

Von den englischen Neuigkeiten, die dafür freilich auch um so bedeutsamer sind, abgesehen, ist die Nachrichtenausbeute des heutigen Tages geringfügig genug. Die **französischen** Republikaner schwimmen in Entzücken ob der **Annahme des Wissenskrutinium** seitens der Deputirtenkammer; sie pflücken im Geiste schon die Früchte desselben und werden nur noch von der Sorge geplagt, daß vielleicht doch noch von der wohlbesetzten Tafel des neuen Wahlgesetzes das eine oder andere Mandat aus Versehen den Reaktionairen in den Schoß fallen möchte. Um dem rechtzeitig vorzubeugen, wird schon jetzt an die politische Erziehung und allgemeine Weisheit der Wähler appellirt, damit unter dem Schutze dieser Faktoren das Wissenskrutinium nur probehaltige Resultate zu Tage fördere.

„Binnen kurzem — mahnt die „Rev. franç." — werden wir den ersten Versuch damit machen. Sämmtliche verbündeten Reaktionsparteien harren unserer auf dieser Stelle und bereiten sich auf die Lieferung eines erbitterten Kampfes vor, um gerade das zu verhindern, daß das Wissenskrutinium nicht etwa der Republik, der Regierung der Volkssouveränität eine nunmehr unwiderstehliche Kraft verleihe. Aber wir wagen die Behauptung, daß unser Vertrauen heute ein gänzlich ungetrübtes ist. Das republikanische Frankreich wird — Niemand zweifelt daran, nicht einmal die anmaßlichste Reaktion — bei den nächsten Wahlen seine Souveränität mit einer Geschlossenheit und einem Nachdruck proklamiren, welche gegentheiligen Hoffnungen keinen Raum lassen."

Den **Reichsrathswahlen in Oesterreich** folgt jetzt ein ergötzliches Satyrspiel in Böhmen, indem nämlich nach oft angewandtem Rezepte eine Reihe von Vertretungen deutschböhmischer Städte, auch von solchen im alten Wahlkreise des Herrn Dr. Herbst, diesen Herrn, nachdem er von seinen früheren Wählern undankbar fallen gelassen worden, mit Vertrauensadressen heimsucht, welche dann mit dem gehörigen Eclat in den Prager Kasino-Blättern publizirt werden. In seiner Art ist dieser pathetische Adressensturm noch um Vieles charakteristischer, als die Eile, mit welcher der Stadtrath von Baden nach kaum vollzogener Wahl des Antisemiten Fiegl in den Reichsrath eine politisemitische Kundgebung vom Stapel laufen ließ, um der Stadt Baden den Pacichus jüdischer Kurgäste und Sommerfrischler zu retten. Mit solchen Proseburen kann man allerdings vielen Säcteln zugleich gerecht werden, aber so wenig hunderte von Adressen die Thatsache aus der Welt schaffen können, daß der anerkannte Führer des Liberalismus in Oesterreich nach 26 Jahren von seinem Wahlkreise und den Deutschböhmen überhaupt fallen gelassen wurde — der nachträgliche Rehabilitirungsversuch durch die Reichsberger Handelskammer kann nicht in Betracht kommen — ebensowenig werden solche Kundgebungen die veränderte Strömung der Geister auch nur kurze Zeit zu verhüllen vermögen. Der Herbstsche Doktrinarismus giebt die Stimmungen der deutschen Wählerkreise in Böhmen nicht mehr getreu wieder; die „schärfere Tonart" beherrscht die Situation, und die Herren Bürgermeister und Stadträthe, welche in ihren Adressen Kundgebungen von staatsklugen Mäßigung zu liefern glauben, werden das verlorene Prestige dieser Gattung gesinnungstüchtiger Opposition auch nicht mehr auffrischen.

Die Beziehungen der **Pforte** zu der Bevölkerung von Kreta sind, wenigstens an dieser Stelle letzthin wiederholt hingestellen worden, einstweilen nicht die besten. Der neu ernannte Gouverneur, Savas Pascha, ist bei den Kretensern beider Nationalitäten wenig beliebt; zwischen ihm und der kretensischen Nationalversammlung sind denn auch alsbald Mißhelligkeiten entstanden, welche der herrschenden Animosität frische Nahrung zuführten. Wie aus Canea, der Hauptstadt Kretas, vom 6. d. gemeldet wird, sollen nach Ankunft des neuen Gouverneurs, Savas Pascha, die christlichen Funktionäre, einem zuvor gefaßten Beschlusse gemäß, in Massen ihre Demission gegeben haben. Die Demonstration umfaßte die Beamten aller Grade und erstreckte sich auch auf die christlichen Gendarmen, welche die Waffen niederlegten. Es sandten feindselige Kundgebungen in Canea gegen den neuen Gouverneur statt.

Angesichts dieser einigermaßen gespannten Situation haben sich denn die Konsuln der europäischen Mächte ernstlich Mühe gegeben, einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen herbeizuführen, und sollen ihre Bemühungen nicht erfolglos geblieben sein. Wenigstens waren gestern Abend in Athen Nachrichten verbreitet, welche der Hoffnung Vorschub leisten, daß binnen kürzester Frist die Differenzen zwischen dem Gouverneur und der Volksvertretung beigelegt sein dürften.

Die **bulgarische** Nationalversammlung wurde gestern vom Fürsten Alexander mit einer Thronrede eröffnet, welche von der Lage und den Entwickelungschancen des Landes ein recht günstiges Bild zeichnete und von den Zuhörern deshalb auch sehr beifällig entgegengenommen wurde. Der wichtige Eisenbahnbau von Zaribrod nach Pakarel ist gesichert. Die Loyalität des bulgarischen Volkes hat sich bei der letzten Rundreise des Fürsten unzweideutig manifestirt; überhaupt ist, nach dem Inhalt der Thronrede, ein Fortschritt in der Konsolidirung der Verhältnisse unverkennbar. Bulgarien wird die Vortheile seiner jetzigen Politik immer deutlicher erkennen, je mehr es sich als Faktor politischer Stabilität auf der Balkanhalbinsel fühlen lernt.

Die **Kreissynode Berlin I.** wurde heute in Gegenwart von etwa 50 Synodalen durch Wesener Superintendenten Pr. Kreibig in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster eröffnet. Aus dem vom Prediger Lic. Weser erstatteten Ephoralbericht ist zu erwähnen: In den 7 Parochieen und den dazu gehörigen Anstalten wohnen 240 000 evangelische Christen, für welche in den vorhandenen Gotteshäusern nur 12 000 Sitzplätze vorhanden sind, dadurch wäre es mit Berücksichtigung der Unerwachsenen jedem erwachsenen Protestanten nur einmal monatlich möglich, die Kirche zu besuchen. Das Abendmahl wurde in der ganzen Diözese an 26 497 Personen im verflossenen Jahre verabreicht, die Zahl der Taufen stieg von 7443 auf 7549, die der Trauungen von 1232 auf 1526, ein zunehmendes Interesse an den Sakramentshandlungen ist jedoch aus dieser Steigerung kaum zu entnehmen, da sie auf die Zunahme der Bevölkerung zurückzuführen ist. Besonders fest ist allerdings die Zunahme der Trauungen an St. Bartholomäus. Von den getauften Kindern waren 8 pCt. unehelich. Eine Theilung der größeren Parochieen, besonders der von St. Markus, ist bei der Ueberbürdung der Geistlichen durchaus nothwendig; überhaupt wäre es, daß in den einzelnen Gemeinden für passendere Räume für den Konfirmanden-Unterricht gesorgt würde. Was die Klage über die zunehmende Profituation betreffe, so ist dieselbe auch in dieser Diözese nicht weniger als in der von Friedrich-Werder zu erheben, doch wird diese ernste Sache durch vereinzelte Kreissynoden sein. — Ueber das Proponendum des königlichen Konsistoriums, betreffend die Fürsorge für die wandernde Bevölkerung, mit besonderer Berücksichtigung des Herbergswesens, referirte Prediger Zietbe. Redner empfiehlt in längerer Ausführung die Arbeiterkolonieen und die damit verbundenen, als Wegweiser dienenden Naturalverpflegungsstationen. Im Sinne des Referates schlug der Redner folgende Resolution vor: 1. Die Synode erkennt in den Arbeiterkolonieen und den Verpflegungsstationen ein wirksames Mittel gegen die Wanderbettelei. 2. Die Kirchengemeinden sollen dieselben unterstützen durch leibliche und geistliche Pflege. 3. Die Synode erklärt sich bereit, die Berliner Kolonie insbesondere zu fördern.

Nach längerer und lebhafter Debatte, an welcher sich Seher Dorner, dann die Pastoren Freibank, Thomas und Bitthorn betheiligten, wurde die Resolution gegen 3 Stimmen angenommen und eine Kommission gewählt, welche der nächstjährigen Synode über die Frage der Arbeiterkolonieen referiren soll. — Nachdem Superintendent Kreibig Mittheilungen aus der Sitzung des Zentralausschusses für die innere Mission über den Kampf gegen die Prostitution gemacht hatte, wurde die Synode mit einem Gebet geschlossen.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser und König unternahm am gestrigen Nachmittage, nachdem die Tage Nachtgalen, von Seinem dienstthuenden Flügeladjutanten, Major Heinrich XVIII. Prinzen Reuß, begleitet, eine Ausfahrt, von welcher Allerhöchstderselbe, nach etwa einstündiger Umfahrt durch den Thiergarten zur Stadt und nach dem königlichen Palais zurückkehrte. — Bald darauf erhielt Se. Majestät der Kaiser den Besuch des Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, mit denen Se. Majestät der Kaiser dann auch gemeinschaftlich das Souper einnahm. — Heute Vormittag ließ Se. Majestät der Kaiser vom Hofmarschall Grafen Perponcher sich Vortrag halten und empfing hierauf den Inspekteur der ersten Feld-Artillerie-Inspektion, Generalleutnant v. Hainlicht, ferner den zum Kommandeur der 40. Infanteriebrigade ernannten Generalmajor v. Sobbe und ebenso auch den zum ernannten Kommandeur des 99. Infanterieregiments Oberst Steffen. Mittags erschienen Ihre Kaiser- und Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin,